

Ein Marshallplan für Mittelost 04.02.2016

BERLIN/LONDON/AMMAN (Eigener Bericht) - Die Bundesregierung will ihren "politischen, humanitären und finanziellen Einsatz" im Nahen und Mittleren Osten "in diesem Jahr massiv ausweiten". Dies kündigt das Auswärtige Amt an. Wie das Ministerium mitteilt, wird dazu jetzt der Diplomat Joachim Rücker als "Sonderbeauftragter für die Stabilitätspartnerschaft Mittlerer Osten" tätig. Er soll die zunehmenden deutschen Einflussmaßnahmen in der Region bündeln. Dabei handelt es sich neben den Einsätzen der Bundeswehr, die auf eine steigende Zahl von Staaten in der Region ausgeweitet werden, unter anderem um Vorhaben, die syrische und irakische Kriegsflüchtlinge von der Weiterreise in die EU abhalten sollen. Diesem Ziel dient die Syrien-Konferenz, die am heutigen Donnerstag in Anwesenheit von Bundeskanzlerin Angela Merkel in London stattfindet. Mit weiteren Maßnahmen bemüht sich Berlin, die Länder des Nahen und Mittleren Ostens nach Deutschland zu orientieren; dazu wird unter anderem das Entwicklungsministerium in Jordanien aktiv. Wie Aussagen des Leiters der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, belegen, hat die jüngste Einflussoffensive Berlins einen geostrategischen Hintergrund.

Der Nutzen der Lager

Mit der heutigen Londoner Syrien-Konferenz sucht Berlin zunächst die Konsequenzen aus dem Scheitern eines zentralen Elements der bisherigen westlichen Flüchtlingsabwehr zu ziehen. Seit Jahrzehnten ist es gängige Praxis gewesen, Kriegsflüchtlinge so weit als möglich in grenznahen Flüchtlingslagern in den Nachbarstaaten des jeweiligen Kriegsgebiets unterzubringen. Bekanntestes Beispiel sind die Lager, die bereits in den 1980er Jahren in Nordwest-Pakistan für Flüchtlinge aus Afghanistan eingerichtet wurden. Aus Sicht der westlichen Staaten hatte dies mehrere Vorteile: Es hielt die überwiegende Mehrzahl der Flüchtlinge von der Weiterreise nach Europa ab; es gestattete es, die UNO und internationale Hilfsorganisationen zur Versorgung der Flüchtlinge in den Lagern heranzuziehen; und es machte Kriege damit in der Summe zu einem Geschäft, das ohne weitreichende Folgen für die westlichen Gesellschaften betrieben werden konnte. Die aktuelle Massenflucht in die EU hat diesem für den Westen höchst praktikablen Modell zum ersten Mal einen schweren Schlag versetzt. Berlin sieht sich daher zu Reaktionen gezwungen.

"Den Flüchtlingsstrom unterbrechen"

Die Londoner Konferenz soll nun zunächst, wie das Auswärtige Amt mitteilt, "im Sinne einer Geberkonferenz finanzielle Zusagen für die notwendige humanitäre Hilfe" sammeln.[1] Hintergrund ist die katastrophale Unterversorgung in den Flüchtlingslagern in Syriens Nachbarstaaten, die den Antrieb zur Flucht aus der Region im vergangenen Jahr weiter verstärkt hat. Diese Entwicklung soll nun gestoppt werden. "Mit 10 Milliarden Euro könnte die Europäische Union die Lage [in Syriens Nachbarstaaten, d. Red.] stabilisieren und den Flüchtlingsstrom nach Deutschland unterbrechen", empfahl in der vergangenen Woche Entwicklungsminister Gerd Müller. Bundeskanzlerin Merkel will am heutigen Donnerstag auf der Londoner Konferenz, die gemeinsam von Deutschland, Großbritannien, Norwegen, Kuwait und den Vereinten Nationen durchgeführt wird, dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR zusätzlich zu den bisherigen Berliner Beiträgen 500 Millionen Euro zusagen. Auch andere Staaten sollten Mittel zur Verfügung stellen, fordert der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Norbert Röttgen (CDU): Man müsse ein Interesse daran haben, dass die Kriegsflüchtlinge Bedingungen im Nahen Osten vorfinden, "die es ihnen ermöglichen, nahe in ihrer Heimat zu bleiben, um dann auch schneller wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können".[2]

Ökonomisch anbinden

Berlin ist darüber hinaus bestrebt, die Maßnahmen zur Flüchtlingsabwehr in eine

breitere Initiative einzubinden, die die Länder des Nahen und Mittleren Ostens unter Kontrolle bringen und enger als bisher an Deutschland und die EU binden soll. Exemplarisch zeigen dies deutsche Projekte in Jordanien. Das Land, das rund 6,5 Millionen Einwohner zählt, hat offiziell mehr als 630.000, inoffiziell bis zu 1,4 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Auf die Bevölkerungsgröße umgerechnet, entspräche dies acht bis 17 Millionen Flüchtlingen in Deutschland. Das Bundesentwicklungsministerium will Jordanien nun Mittel zur Verfügung stellen, mit denen Arbeitsplätze für Flüchtlinge geschaffen werden sollen; dazu werde "die Gründung von Unternehmen und Handwerksbetrieben gezielt gefördert", teilt das Ministerium mit. Auch wolle man Investitionen in die jordanische Infrastruktur unterstützen. Ausdrücklich ist von einem "Marshallplan für die Region" die Rede.[3] Wie der historische Marshallplan einst Westeuropa fest an die Vereinigten Staaten band, soll der neue "Marshallplan" nun den Nahen und Mittleren Osten auf Deutschland und die EU orientieren. Außenminister Steinmeier dringt darauf, Jordanien im Gegenzug zur Mitwirkung an dem Berliner Programm "einen besseren Marktzugang in Europa" zu gewähren.[4] Die Maßnahme, die auf die ökonomische Anbindung des Landes hinausläuft, soll heute in London vorangetrieben werden.

Deutschfreundliche Eliten

Dabei stellt sich die deutsche Nah- und Mittelostpolitik immer breiter auf. Einerseits nimmt die Zahl der Bundeswehreinheiten in der Region deutlich zu; deutsche Soldaten operieren mittlerweile im Irak, über Syrien, im Libanon und im Mittelmeer, darüber hinaus in Mali und womöglich bald auch in Libyen.[5] Andererseits verstärkt Berlin seinen Einfluss auch mit Mitteln der Gesellschaftspolitik. Es unterhält beispielsweise ein breit angelegtes Stipendienprogramm für Studierende aus Syrien, dessen Stipendiaten neben ihrem Studium Kurse in "Regierungsführung", Organisationsaufbau und ähnlichen Gebieten belegen und sich verpflichten müssen, nach dem Ende des Kriegs nach Syrien zurückzukehren. Gelingt der Plan, dann entstehen in dem Land neue, an Deutschland orientierte Eliten (german-foreign-policy.com berichtete [6]). Ähnliche Bindungen könnten sich im Falle der syrischen und irakischen Flüchtlinge ergeben, die Berlin derzeit - anders als Kriegsflüchtlinge aus Afghanistan - noch nicht in großem Umfang abschieben will. Kanzlerin Merkel hat Ende vergangener Woche über sie gesagt: "Wir erwarten, dass, wenn wieder Frieden in Syrien ist, wenn der IS im Irak besiegt ist, sie ... wieder in ihre Heimat zurückkehren" - und zwar "mit dem Wissen, das sie bei uns erworben haben".[7] Würde Deutschland für weite Bevölkerungsteile Syriens und des Irak zum festen Bezugspunkt in der EU, dann könnte Berlin bei seiner Einflusspolitik in Nah- und Mittelost erheblichen Nutzen daraus ziehen.

Sonderbeauftragter für Mittelost

Wie das Auswärtige Amt mitteilt, wird die Bundesregierung zusätzlich zu den bisherigen Schritten "ihren politischen, humanitären und finanziellen Einsatz für die Region des Nahen und Mittleren Ostens in diesem Jahr massiv ausweiten". Dazu hat das Bundeskabinett am gestrigen Mittwoch die Ernennung des Diplomaten Joachim Rucker zum "Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die Stabilitätspartnerschaft Mittlerer Osten" beschlossen. Rucker hat die Aufgabe, "das breite, weiter wachsende und von vielen Ressorts getragene Engagement Deutschlands zur Stabilisierung des Mittleren Ostens zu bündeln und zu fokussieren".[8]

"Ein Ring gut regierter Staaten"

Auf den geostrategischen Hintergrund all dieser Maßnahmen hat kürzlich der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, verwiesen. In ihrer ersten "Sicherheitsstrategie" aus dem Jahr 2003 habe die EU erklärt, sie wolle jenseits ihrer Grenzen einen "Ring gut regierter Staaten" schaffen, ruft Ischinger in Erinnerung. Tatsächlich gilt ein stabiles regionales Umfeld als strategisch höchst vorteilhaft, um bei globalen Machtoperationen über eine sichere Basis zu verfügen. Man habe das Ziel eines "Ringes gut regierter Staaten" in Nordafrika sowie im Nahen und Mittleren Osten bislang kräftig verfehlt, räumt Ischinger ein; vielmehr schlugen die Unruhen und Kriege im Ring um Europa nun sogar auf Berlin und die EU zurück. Es müsse nun darum gehen, "eine Sicherheitsarchitektur" für die gesamte Region zu schaffen; dieses Ziel resultiere aus "unsere[n] ureigensten sicherheitspolitischen Interessen". Notwendig sei dazu "eine umfassende europäische Strategie unter Einsatz aller finanziellen und entwicklungspolitischen Mittel und ein umfassendes Angebot an militärischer Zusammenarbeit".[9]

[1] Unterstützung für Syrien und seine Nachbarn. www.auswaertiges-amt.de 21.01.2016.

[2] Berlin stockt Syrien-Hilfe wohl um 500 Millionen Euro auf. www.faz.net 03.02.2016.

[3] Minister Müller berät mit jordanischer Regierung Investitionen in Wirtschaft, Handwerk und Infrastruktur. www.bmz.de 26.01.2016.

[4] Unterstützung für Syrien und seine Nachbarn. www.auswaertiges-amt.de 21.01.2016.

[5] S. dazu [Ein Feuerring bis Mali](#) und [Krieg um die Gegenküste](#) .

[6] S. dazu [Leadership for Syria](#) .

[7] Frank Pergande: Merkel: Die Meisten werden zurückkehren müssen. www.faz.net 30.01.2016.

[8] Außenminister Steinmeier zur Ernennung von Joachim Rücker zum Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die Stabilitätspartnerschaft Mittlerer Osten. www.auswaertiges-amt.de 03.02.2016.

[9] Eine Zukunftsaufgabe für die EU. Internationale Politik, Januar/Februar 2016. S. 28-33.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com